Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1935

94 (23.4.1935)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Luise Dups, Durlach. D. A. III. 3385.

Anzeigenberechnung: Die 6gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. Z. Zt. ist Preisliste Nr. 3 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 94 — **Dienstag, den 23. April 1935** — **106. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Der Geburtstag des Führers und Reichskanzlers wurde in ganz Deutschland durch Flaggenschmuck und Appelle des Reichsheeres begangen.

*

Das Geburtstagsgeschenk der SA., SAR. und SAL., ein Flugzeuggeschwader, übernahm der Führer persönlich und flog sodann nach München.

*

Am Ostersamstag erfolgte bei den 15 Staaten, die derzeit dem Völkerbundsrat zugehören, der Protestschritt der Reichsregierung gegen den Genfer Beschluß.

*

Am Ostersonntag fand in Berlin der „Tag der Reichsluftwaffe" statt. Das Jagdgeschwader Richthofen stellte die Ehrenwachen. Auf dem Tempelhofer Feld fand vor 250 000 Menschen ein Volksflugtag statt.

*

Die Verhandlungen Lavals mit Litwinow sind unterbrochen, da letzterer zur Berichterstattung über den Hilfeleistungspakt nach Moskau berufen wurde.

*

In Bulgarien hat Toscheff am Sonntag ein neues Kabinett gebildet.

*

Auf der Insel Formosa ereignete sich ein schweres Erdbeben, wobei es Hunderte von Toten und Tausende von Verletzten gab.

Ueber 2500 Unwürdige von den Erbhofgerichten abgewiesen

Berlin, 22 April. Der Erbhofgerichtsrat im Reichsjustizministerium Dr. Hopp, gibt, wie das NdZ. meldet, in der Deutschen Justiz eine Uebersicht über den Stand der Arbeiten an der Erbhofrolle am 1. Januar 1935. Er teilt u. a. mit, daß in die von den Gemeindebehörden aufgestellten Verzeichnisse insgesamt rund 956 000 Höfe in Deutschland als Anwärter auf die Erbhofrolle eingetragen worden sind. Die richterliche Entscheidung darüber, ob die gesetzlichen Voraussetzungen der Erbhofeigenschaft vorliegen, war bei den Anerbengerichten bis zum Ende des Jahres 1934 in rund 890 000 Fällen getroffen; offen blieben also nur noch rund 6 Prozent der Gesamtzahl. Die Zahl der Höfe, deren Aufnahme in die Erbhofrolle einstweilen abgelehnt wurde, betrug am 1. Januar 1935 insgesamt 223 706. Alle in dieser Liste verzeichneten Fälle werden von den Anerbengerichten unter ständiger Beobachtung gehalten. Ihre Eintragung in die Erbhöferolle erfolgt, sobald diese Höfe durch Fortfall des jeweils hindernden Umstandes Erbhof werden. In 2594 Fällen ist die Eintragung abgelehnt worden weil in der Person des „Allein-Eigentümers" Hindernisse vorlagen. Es sind dies im wesentlichen die Fälle mangelnder Ehrbarkeit, mangelnder Wirtschaftszuständigkeit, mangelnder Reichsangehörigkeit oder Deutschblütigkeit des Hofeigentümers. In das sog. gerichtliche Erbhofverzeichnis wurden bis zum 1. Januar 1935 665 644 Erbhöfe eingetragen.

Ankunft der „Oceana" im Hamburger Hafen

600 KdF.-Urlauber von der Azorenfahrt zurück.

DNB. **Hamburg**, 22. April. Am Ostersonntag früh kehrte der Hapag-Dampfer „Ocean" mit etwa 600 KdF.-Urlaubern an Bord von seiner dreiwöchigen Azorenfahrt nach Hamburg zurück. Bei herrlichem Sonnenschein lief die „Oceana" in den Hafen. Drei Schlepper verholten das schmucke weiße Schiff, das über die Toppen geflaggt hatte, an die Ueberseebrücke, wo es um 8 Uhr festmachte. Auf der Brücke hatten sich zahlreiche Volksgenossen eingefunden, die den heimkehrenden Urlaubern einen herzlichen Empfang bereiteten. Zum letzten Male ertönte von Bord her der Badenweilermarsch und anschließend die Nationalhymnen, die von der Brücke, sowie vom Pier begeistert mitgesungen wurden. Die Reeling war von Urlaubern dicht besetzt, die den auf der Brücke wartenden Angehörigen und Bekannten zuwinkten. Lebhaftes Winken und Zurufe wurden ausgetauscht, begleitet von den flotten Marschweisen der Bordkapelle. Endlich waren die Leinen festgemacht und die Gangways angebracht. Ein letzter Gruß der Schiffsmannschaft und die Passagiere verließen das Schiff. Die Urlauber, frisch und braun gebrannt, gaben begeisterte Schilderungen von dem Eindruck der Fahrt. Eine dreiwöchige Seereise, was gab es da für den Binnenländer nicht alles zu erzählen, von den Begegnungen mit anderen Schiffen, von den überall erlebten herzlichen Empfängen usw. Alle waren voll des Lobes und standen noch ganz unter dem Eindruck des Erlebten. Von Hamburg aus werden sich die Urlauber wieder in ihre Heimat begeben, wo sie sicherlich noch manchen Betriebskameraden für eine Seereise mit „Kraft durch Freude" begeistern werden.

Ein Schritt der Memel-Signatarmächte in Kowno

Paris, 22. April. **Die Memel-Signatarmächte haben durch ihren diplomatischen Vertreter dem litauischen Außenminister eine Note überreicht, in der die litauische Regierung aufgefordert wird, das Memelstatut genau innezuhalten.**

Dem Völkerbundsrat ins Stammbuch

Deutsche Protestnote an die Mitglieder des Völkerbundsrats

Berlin, 22. April. Die Reichsregierung hat den am Beschluß des Völkerbundsrates vom 17. April beteiligten Regierungen einen Protest gegen diesen Beschluß notifizieren lassen. In der Protestnote wird den Regierungen erklärt, daß sie nicht das Recht haben, sich zum Richter über Deutschland aufzuwerfen, daß der Beschluß des Völkerbundsrates den Versuch einer erneuten Diskriminierung Deutschlands darstellt und daß er deshalb auf das entschiedenste zurückgewiesen wird. Gleichzeitig hat die Reichsregierung den fremden Regierungen mitgeteilt, daß sie sich vorbehält, ihre Stellungnahme zu den in dem Ratsbeschluß berührten Einzelfragen demnächst bekanntzugeben.

*

Die Reichsregierung weist den unmöglichen Spruch eines unmöglichen Gerichts entschieden zurück

NSK. Mitten in die Freude Deutschlands über den Geburtstag des Führers trifft ein politisches Ereignis. Während eine vieltausendköpfige Menge vor der Reichskanzlei ihre Huldigungen darbringt und nicht von der Stelle weicht, bis er sich am Fenster zeigt und für die stundenlangen Beweise der Liebe und Verehrung seinen Dank abstattet, geht die große Politik weiter ihren ernsten Gang. An diesem persönlichen Festtag des Führers, diesem Ostersamstag, der sonst durch kein politisches Ereignis gekennzeichnet zu werden pflegt, übermittelte die Reichsregierung den Regierungen der 15 Völkerbundsratstaaten, die zu einer neuen Schuldlüge gegen Deutschland ihren Namen hergegeben haben, eine Protestnote, in der die Reichsregierung den letzten Genfer Spruch einer erneuten Diskriminierung zurückweist und dem Völkerbundsrat das Recht abspricht, sich zum Richter über Deutschland aufzuwerfen.

Dem Führer hat es ferngelegen, dem Osterfrieden einen politischen Beigeschmack zu geben, der die Freude dieses Festes zu beeinträchtigen vermag. Der Führer hat es nicht gewollt, aber der Völkerbundsrat hat ihn gezwungen, die Ehre Deutschlands zu verteidigen und das Ansehen des Reiches nicht einer unerlaubten und unberechtigten Beschimpfung auszusetzen. Das deutsche Volk dankt auch diesmal, wie schon so oft, seinem Führer für die mutige Entschlossenheit, Volk und Staat vor Beschimpfung und Herabsetzung zu bewahren. Deutschland ist nicht mehr der Staat, mit dem eine gehässige Umwelt ihr Spiel treiben kann. Deutschland ist unter der Führung Adolf Hitlers wieder zu einer Macht geworden, die Achtung gebietet und Achtung verlangt, die die Fesseln des Versailler Gewaltdiktats in ihren schlimmsten Auswirkungen zerbrochen und sich damit die Gleichberechtigung errungen hat, die ihm gewisse Staatengruppen am liebsten ewig vorenthalten möchten.

Die Protestnote der Reichsregieung ist in Form und Inhalt so gehalten, daß sie der politischen Lage mehr als gerecht wird. Sie ist nicht gegen irgend einen einzelnen Staat, sondern gegen den Völkerbundsrat als solchen gerichtet, auch wenn für seinen Beschluß nur die Aktivität bestimmter Kräfte von maßgeblicher und entscheidender Bedeutung gewesen ist. Die Verantwortung aber trägt jede Regierung, die zu dem Entschließungsantrag der Stresa-Mächte ihr bejahendes Votum erteilt hat, ganz gleich, welche Motive im einzelnen für die Vertreter dieser Kabinette bestimmend gewesen sein mögen.

Man mußte sich in Genf darüber im klaren sein, daß man durch ein so ausgesprochen deutschfeindliches Verfahren die Verhandlungsbereitschaft Deutschlands nicht gerade fördern kann. Weder auf die Reichsregierung, noch auf das deutsche Volk vermögen die ungerechtfertigten und scheinheiligen Vorwürfe, die man gegen Deutschland zu erheben für richtig befunden hat, irgend einen Eindruck zu machen, der auch nur den Schein eines Schuldbewußtseins hinterlassen könnte. Das pharisäerhafte Benehmen, wie es in Genf zum Ausdruck gebracht worden ist, erreicht nur um so entschiedener den Widerstand einer unerschütterlichen Volksgemeinschaft, die wie ein Mann hinter ihrem großen Führer steht.

So war es bei allen außenpolitischen Taten Adolf Hitlers und so wird es für alle Zukunft bleiben. Der Austritt Deutschlands aus der Abrüstungskonferenz und damit zugleich aus dem Völkerbund wurde besiegelt durch ein Vertrauensvotum der Nation, wie es die Welt noch nicht erlebt hat. Die Proklamation des Führers anläßlich der Verkündung der deutschen Wehrhoheit löste im Volke eine Begeisterung aus, die ihresgleichen suchen kann. Der Dank an den Führer kannte keine Grenzen. Er sprach aus der Seele des Volkes, wenn er in jener denkwürdigen Proklamation sagte: „Was die deutsche Regierung als Wahrerin der Ehre und der Interessen der deutschen Nation wünscht, ist, das Ausmaß jener Machtmittel sicherzustellen, die nicht nur die Erhaltung der Integrität des Deutschen Reiches, sondern auch für die internationale Respektierung und Bewertung Deutschlands als ein Mitgarant des allgemeinen Friedens erforderlich sind." Der letzte Mann im deutschen Volke empfand die Notwendigkeit, mit der der Welt einmal vor Augen geführt werden mußte, daß man ein 65-Millionen-Volk im Herzen Europas nicht dauernd diffamieren kann und als eine Macht minderen Rechtes behandeln darf.

Es ist daher nur natürlich, wenn die Reichsregierung in ihrer Note vom Ostersamstag darauf aufmerksam macht, daß sie sich ihre Stellungnahme zu den Einzelfragen der Genfer Schuldlüge-Entschließung noch vorbehält und zu einem geeigneten Zeitpunkt bekanntgeben wird. Jeden außenpolitischen Schritt, den der Führer bisher getan hat, hat er überzeugungsstark und ausführlich begründet und damit jede Unklarheit über die deutsche Haltung von vornherein ausgeschlossen. Wenn alle Staatsregierungen mit der gleichen Offenheit ihre Maßnahmen begründen, wenn sie alle die Objektivität und Wahrheit zur Richtschnur ihres Handelns bestimmen würden, dann sähe es in Europa besser aus. Solange sie sich aber zu einer solchen Haltung nicht aufraffen, bleibt es dem nationalsozialistischen Deutschland vorbehalten, einsam auf weiter Flur um das mit Füßen getretene Recht einer friedliebenden Nation zu kämpfen, bis es zum Inbegriff der politischen Denkweise jener Staatsmänner geworden ist, deren Händen das Schicksal dieses Erdteiles anvertraut ist.

Der Weg zur Erreichung dieses Hochzieles einer wahrhaft dem Frieden dienenden internationalen Politik scheint noch lang und hindernisreich zu sein. Der Welt aber sei gesagt, daß Deutschland und sein Führer Adolf Hitler niemals den Kampf um dieses Ziel müde werden und daß mit fanatischem Willen darum gerungen wird, bis das Sehnen der Völker und der Wille ihrer Regierungen zur unabweisbaren Realität geworden ist. Am 16. März bekundete der Führer: „Die deutsche Regierung erneuert vor dem deutschen Volke und vor der ganzen Welt die Versicherung ihrer Entschlossenheit, über die Wahrung der deutschen Ehre und der Freiheit des Reiches nie hinauszugehen und insbesondere in der nationalen deutschen Rüstung kein Instrument kriegerischen Angriffs als vielmehr ausschließlich der Verteidigung und damit der Erhaltung des Friedens bilden zu wollen."

In diesem Satz ist der Welt von höchster deutscher Stelle die wahre Absicht bekanntgegeben worden. Nur auf dieser Linie bewegt und entwickelt sich die Außenpolitik des Dritten Reiches. Kein Staatsmann des Auslandes kann so im Namen seines Volkes sprechen wie Adolf Hitler. Kein Staatsmann in der ganzen Welt kann so für seine Erklärung und die Einhaltung seiner Pläne garantieren wie Adolf Hitler. Anstatt dieser Tatsache Rechnung zu tragen und der Politik Deutschlands mit Würde und Achtung zu begegnen, glaubte der Völkerbundsrat dieses Reich als Friedensstörer diffamieren zu müssen. Damit hat er sich und seine verhängnisvolle Politik selbst gerichtet. Deutschland lehnt ihn als Gericht ab!

Dr. Walter Bastian.

*

Die Berliner Presse zur deutschen Protestnote

DNB. **Berlin**, 22. April. Die Berliner Blätter nehmen zur deutschen Protestnote eingehend Stellung, wobei nochmals der deutsche Standpunkt hervorgehoben wird. Die „NSK." schreibt, die Protestnote der Reichsregierung ist in Form und Inhalt so gehalten daß sie der politischen Lage mehr gerecht wird. Sie ist nicht gegen irgendeinen einzelnen Staat, sondern gegen den Völkerbundsrat als solchen gerichtet. Man mußte sich in Genf darüber im klaren sein, daß man durch ein so ausgesprochen deutschfeindliches Verfahren die Verhandlungsbereitschaft Deutschlands nicht gerade fördern kann.

Die „Börsenzeitung" erklärt, der Völkerbundsrat weiß nun, wie das deutsche Volk, das in einmütiger Geschlossenheit hinter der Not der Reichsregierung steht, über das frivole Spiel vom 17. April denkt. Man soll sich in Genf keiner Täuschung hingeben. Wer etwa annimmt, es handele sich nur um ein vorübergehendes deutsches Mißvergnügen, irrt. Eine große ehrliebende Nation vergißt nicht so rasch, daß man versucht hat, sie zu diffamieren, sie um ihr Recht zu prellen und mit einer neuen Schuldlüge zu belasten. Der Genfer Rat werde sich auch nicht wundern dürfen, wenn wir ihm bis auf weiteres ohne jede Sympathie und mit dem denkbar größten Mißtrauen gegenüberstehen. — Auch der „Berliner Lokalanzeiger" erklärt, der deutsche Protest werde den Mitgliedern des Völkerbundsrates vor Augen führen, daß jeder Rückfall in die Zeiten, in denen sich Genf als Tribunal betrachten konnte, gerade für die Entstehung eines wirklichen Rates der freien Völker hemmend wirken muß. Die Ratsmächte sollen es sich gesagt sein lassen, daß die Note der Reichsregierung nur das zum Ausdruck bringt, was das ganze deutsche Volk beseelt: den Protest gegen jedes neue Unrecht und gegen jeden neuen Versuch, unsere nationale Ehre zu mißachten!

Die „DAZ." hebt hervor, daß Deutschland dem Frieden der Welt einen neuen unschätzbaren Dienst geleistet hat, indem es nämlich auf die gefährliche Intrige von Genf nicht so reagierte, wie es seine Gegenspieler erwartet hatte, indem es vielmehr sein selbverständliches Aufbegehren gegen die lächerlichen Vorwürfe des Genfer „Urteils" in die würdigste und maßvollste, aber zugleich klarste und kraftvollste Form kleidet. Auch die

„Germania“ hebt die würdige Tonart der Note hervor u. sagt, es ist die Sprache einer Regierung, die sich ihres guten Rechtes bewußt und überzeugt ist, daß die Wahrheit für sie zeugen wird.

Das „Berliner Tageblatt“ unterstreicht ebenso wie auch die anderen Blätter, daß die Aussichten auf Verhandlungen mit Deutschland in anderen Fragen sehr gering geworden seien und daß die anderen Mächte nicht das Recht haben, sich zum Richter über Deutschland aufzuwerfen.

Verhältnismäßig ruhige Aufnahme des deutschen Protestes in Paris

DNB. **Paris,** 22. April. Die deutsche Protestnote wird in der Pariser Presse im allgemeinen verhältnismäßig ruhig aufgenommen. Man behauptet, daß man in französischen diplomatischen Kreisen in gewissem Sinne befriedigt sei über die Tatsache, daß der Wortlaut der deutschen Protestnote in allen Hauptstädten der gleiche sei, daß also Frankreich als Urheber der Genfer Meinungsäußerung keine besonders abgefaßte Antwort erhalten habe.

Der Protest der Reichsregierung, so schreibt der „Temps“, wird in internationalen Kreisen keinerlei Aufsehen erregen. Das Sprachrohr des Quai d'orsay versucht dann den Nachweis zu erbringen, daß der Protest der Reichsregierung von falschen Voraussetzungen ausgehe. Nicht einzelne Regierungen hätten sich als Richter über Deutschland eingesetzt, sondern der Völkerbundsrat. Unbegründet sei die Annahme, daß die Genfer Entschließung einen Versuch einer neuen Diskriminierung Deutschlands darstelle. Dieser Hinweis lasse annehmen, daß Deutschland nicht die Gleichberechtigung, sondern ein erhebliches Vorrecht (!?) fordere. Die Zurückweisung der Genfer Entschließung durch Deutschland habe keine praktische Bedeutung, da die Entschließung bestehen bleibe und die Tatsache ihrer Zurückweisung durch das Reich in keiner Weise die Verurteilung seiner Politik ändern könne.

Der „Intransigeant“ meint, das Osterei aus Berlin enthalte nicht sehr viel. Man habe nach der Haltung der deutschen Presse heftige Forderungen erwartet. Hitler habe sich aber entschlossen, nur zu protestieren und eine spätere Zurückweisung anzukündigen.

Die nationalistische „Liberté“ befürchtet, daß das Zusammentreffen der deutschen Protestnote mit der von dem Blatt übrigens befürworteten Vertagung des geplanten französisch-sowjetrussischen Abkommens von Deutschland als günstiges Zeichen für seine Pläne ausgelegt werden könnte.

„Figaro“ meint, „die maßvollen Wendungen der Hitlernote“ und die Ankündigung einer weiteren Erklärung des deutschen Standpunktes seien Anzeichen dafür, daß man die Brücken nicht abbrechen wolle. Ferner könne man erneut lesen, daß Deutschland an künftige Verhandlungen denke. Deutschland habe die Hoffnung nicht aufgegeben, den französisch-englisch-italienischen Block auseinanderzubringen. Wahrscheinlich werde es seine Anstrengungen nunmehr verdoppeln.

„Ordre“ meint, die Besprechungen der englischen Wochenendpresse zu der deutschen Protestnote enttäuschen; denn sie zeigten, daß in England immer noch der Glauben vorhanden sei, als ob eine Rückkehr Deutschlands nach Genf alles wieder in Ordnung bringen könnte.

„Republique“, das den deutschen Protest als Verlegenheitsgeste hinzustellen versucht, behauptet, durch den seinerzeitigen Eintritt in den Völkerbund habe Deutschland dem Völkerbundsrat das Recht zuerkannt, über Deutschlands Handlungen ein Urteil zu fällen.

Der „Petit Parisien“ führt aus, aus dem protokollarischen Text in weniger protokollarische Worte übersetzt, bedeute die deutsche Note, daß Deutschland auf die Gemeinschaft der Völker pfeife (!) ihr Urteil nicht zulasse und den Genfer Beschluß als ein neues Attentat gegen die berühmte Gleichberechtigung ansehe.

Der Außenpolitiker des „Echo de Paris“ schreibt, die deutsche Note beweise, daß Hitler durch die „moralische Verurteilung“, deren schwache Punkte er genau kenne, nicht übermäßig eingeschüchtert worden sei. Der Außenpolitiker empfiehlt unter diesen Umständen als einzig wirksame französische Politik, gegen Deutschland alle die Völker zu sammeln, die das „Alldeutschtum“ bedrohe. Insofern empfiehlt er auch das Zusammengehen Frankreichs mit Sowjetrußland, denn das Zusammengehen Deutschlands mit Rußland nach Art des Rapallo-Vertrages könne fatale Folgen haben.

„Oeuvre“ berichtet, in London, Rom und Paris sei die deutsche Note ruhig aufgenommen worden; denn man habe den diplomatischen Schritt Deutschlands erwartet. Er habe auch in der Form, in der er unternommen worden sei, niemanden in Erstaunen versetzt. Jetzt müsse man nur erst erfahren, welche Stellung Deutschland demnächst einzunehmen gedenke.

„Le Jour“ bemerkt, die deutsche Note bahne lediglich eine stärkere Verhandlung an. Sie enthalte eine bekannte und eine neue These. Man habe seit langem gewußt, daß Deutschland nicht mehr unterschiedlich behandelt werden wolle, aber bis jetzt habe es nicht das Recht Frankreichs, den Völkerbund anzurufen, noch die Pflicht des Völkerbundes, die Eingabe zu prüfen, bestritten. Diesmal scheine es das alles zu bestreiten. Sei das die endgülige Scheidung zwischen Berlin und Genf? Und sei das nur die Anbahnung einer „Erpressung“, für die England empfänglich sei?

*

Londoner Presse zum deutschen Protest

London, 22. April. Die Londoner Zeitungen veröffentlichten die deutsche Protestnote in großer Aufmachung und an erster Stelle. Die Blätter berichten mit Ausnahme einiger Sensationszeitungen zwar ausführlich, aber sachlich und ruhig über die Note und die mit ihr zusammenhängende Lage. Vielfach werden auch die wichtigsten Sätze des deutschen Protestes wie: „Der Völkerbund hat kein Recht, sich zum Richter über Deutschland aufzuwerfen“ als Schlagzeilen veröffentlicht.

Im liberalen „News Chronicle“ wird der maßvolle Ton des deutschen Protestes hervorgehoben. Das Blatt bemüht sich dann im Zusammenhang mit dem deutschen Schritt die Völkerbundsentschließung als möglichst harmlos hinzustellen. Wenn Deutschlands Beherrscher „klug seien“, würden sie nicht die Tür für die Verhandlungen schließen, die darauf abzielten, Deutschland nach Genf zu bringen.

Der Berliner „Times“-Vertreter sagt u. a., die bitterste deutsche Kritik richte sich mehr gegen den Völkerbund als gegen die einzelnen Mächte. Es werde klargemacht, daß jegliche Neigung, schließlich eine Rückkehr nach Genf ins Auge zu fassen, einen ernsten Rückschlag erlitten habe. Aber trotz des Rückschlages für den Völkerbundsgedanken scheine noch einige Möglichkeit für kollektive Verhandlungen zu bestehen. Die deutsche Note habe unzweifelhaft zum Ausdruck bringen sollen, daß nach deutscher Ansicht eine neue Auffassungsweise, die die besonderen Bedingungen der deutschen Entwicklung in gerechter Weise berücksichtige, für Verhandlungen notwendig sei wenn sie einige Aussicht auf Erfolg bieten sollte.

Im „Observer“ schreibt Garvin u. a.: Abstrakt gesprochen war das Genfer Urteil des Völkerbundes richtig. Aber das Gesicht und der Ernst des gemeinsamen Protestes am Ende der Stresaer Konferenz waren an sich genügend, und hierbei hätte man es belassen sollen. Die weiteren Anklagen in Genf mußten Ergebnisse zeitigen, die teils nutzlos, teils albern waren. Der abschließende Eindruck mußte der einer gewaltigen Komödie mit einem bitteren Beigeschmack sein. Zunächst muß der Völkerbund, bevor die Völkerbundssatzung revidiert wird, wiederum ein Bund aller Nationen werden. Unter den gegenwärtigen Begrenzungen **kann Genf niemals eine überwältigende Autorität gegenüber starken Nichtmitgliedern ausüben. Es ist ein großer Fehler, Deutschland im Namen des Völkerbundes zu bedrohen oder auszuzanken.** Deutschland ist ebenso frei wie Amerika oder Japan, die dem Völkerbund nicht angehören.

Scharfe Kritik eines schwedischen Blattes an dem Beschluß von Genf

DNB. **Stockholm,** 22. April. „Nya Dagligt Allehanda“ nimmt in scharfen Worten gegen diejenigen Blätter des Landes Stellung, die es für angezeigt befunden haben, ihre Unzufriedenheit über die standhafte Haltung des dänischen Außenministers Dr. Munch in Genf zum Ausdruck zu bringen, und hält im Anschluß daran eine abfällige Kritik über den Beschluß des Völkerbundsrates. Das Blatt erklärt, daß dieses Urteil über Deutschland nichts mit internationalem Recht zu schaffen habe, weil es sich auf Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles stütze, die Deutschland „wie ein Bekenntnis durch Tortur abgepreßt“ und von Frankreich, England und Italien bereits längst in Theorie und Praxis mißachtet und widerrufen worden sei. Dieses Urteil sei außerdem völlig unwirksam, weil sich doch niemand einbilden könne, Deutschland werde nun deshalb Buße tun. Das Urteil ist eine leere und unsinnige Demonstration. Schließlich habe dieser Beschluß es erwirkt, daß Deutschland der Weg nach dem Völkerbunde abgesperrt und daß das deutsche Volk in einer „wütenden Verbitterung“ zusammengeschweißt wurde. Das Urteil über Deutschland habe niedergerissen, was in Locarno aufgebaut worden sei; es habe die Idee des Völkerbundes zerstört und mehr zur Erhöhung der Kriegsgefahr beigetragen als alles andere, was seit der Ruhrbesetzung in der großen Politik geschehen sei. Keiner von den Staatsmännern in Genf habe nämlich eine Ahnung gehabt, was vor sich gehe. Mit bestem Gewissen hätten sie Sturm gesät, ohne daß hierbei einem eingefallen wäre, daß sie doch früher oder später Sturm ernten würden.

„Eine unerhörte Torheit“

„Daily Mail“ zur Genfer Politik.

DNB. **London,** 22. April. „Daily Mail“ sagt in einem Leitartikel zu der deutschen Protestnote, überall frage man, ob die britische Teilnahme an dem Genfer Urteil nicht eine unerhörte Torheit darstellte. Die englische Regierung habe es immer wieder als ihr Hauptziel bezeichnet, Deutschland in den Völkerbund zurückzubringen. Dies könne schwer mit der Genfer Anklage in Einklang gebracht werden. Großbritannien habe keinen Streit mit Deutschland. Beide Nationen seien stammverwandt und in ihren Anschauungen ähnlich. In weiten Kreisen Englands glaube man, daß die einzige Grundlage, auf der der Frieden aufrecht erhalten werden könne, darin bestehe, einer großen Nation wie Deutschland „die Möglichkeit einer Ausdehnung“ zu geben. Die britische öffentliche Meinung könne die gegen Deutschland angewandte besondere Behandlung nicht begreifen, denn nicht nur Deutschland habe gegen den Versailler Vertrag verstoßen. Ein mächtiges Volk der Unehrlichkeit anzuklagen, sei keine Kleinigkeit. Letzten Endes würde eine solche Handlung durch Waffengewalt unterstützt werden müssen. Italien sei heute wahrscheinlich besser für einen Krieg ausgerüstet als 1914, aber seine militärischen Fähigkeiten werde es erst noch beweisen müssen. Von dem durch innere Uneinigkeit zerrissenen Frankreich glaubten Sachverständige, daß es in vieler Hinsicht falsch ausgerüstet sei. Großbritannien sei nur halb bewaffnet. 1914 bis 18 habe Deutschland beinahe die ganze Welt besiegt. Welche Aussichten würden die drei Mächte selbst mit russischer und tschechischer Hilfe gegen das deutsche Volk haben?

Ward Price meldet der „Daily Mail“ aus Berlin u. a., die einzige Macht, die aus der lebhaften politischen Tätigkeit der letzten zehn Tage Nutzen gezogen habe, sei Sowjetrußland. Während sein Einfluß in Westeuropa größer geworden sei, habe sich die Lage aller anderen Länder verschlechtert. Ein bekannter Staatsmann habe in Stresa erklärt, ohne eine Verständigung mit Deutschland sei ein Friede in Europa unmöglich. Die Bolschewisten suchten die Uneinigkeit Europas zu fördern. Praktisch sei das Ergebnis der Verurteilung Deutschlands in Genf der Stillstand aller Fortschritte gewesen, die auf eine Annäherung hinausliefen. Jeder Deutsche fasse den Tadel als Zeichen dafür auf, daß die Versailler Mächte eine Politik der Verherrschaft und des Diktates gegenüber Deutschland wieder aufnehmen wollen.

Heraufsetzung der Dienstzeit bei der französischen Kriegsmarine

Paris, 22. April. Nach einer Mitteilung des Marineministeriums wird entsprechend der Heraufsetzung der Militärdienst von 1 auf 2 Jahre auch die Dienstzeit der Rekruten bei der Kriegsmarine auf 30 Monate heraufgesetzt. Die bisherige Dienstzeit in der Marine betrug 24 Monate.

Starhemberg bei Mussolini

Paris, 22. April. Zum Besuch Starhembergs in Rom berichtet der römische Vertreter des „Matin“, die Besprechungen zwischen Starhemberg und Mussolini hätten sich hauptsächlich auf die Donaukonferenz und auf die Aufrüstung Oesterreichs bezogen. Starhemberg als Führer der Heimwehren habe dem Duce einen genauen Plan unterbreitet. Oesterreich müsse, so habe Starhemberg erklärt, etappenweise vorgehen; es dürfe nicht sofort die allgemeine Wehrpflicht einführen, weil sonst mit den jungen, für den Nationalsozialismus gewonnenen Jahrgängen „zweifelhafte Elemente“ in die Wehrmacht hineinkommen würden. Die Vaterländische Front ziehe vielmehr das System freiwilliger Gestellung vor, deren Kern die Heimwehrorganisation sein würde. Auch die Frage der Habsburger soll bei der Aussprache angeschnitten worden sein.

Senator Borah über den Völkerbund

Washington, 22. April. Senator Borah übte in einer kurzen Rede im Senat scharfe Kritik an der Annahme der Völkerbundsratsentschließung gegen Deutschland. Er erklärte, nichts in der Geschichte des Völkerbundes zeige besser, **daß der Völkerbund nicht eine unabhängige Körperschaft zur Sicherung des Friedens sei, sondern ein rückgratloses Werkzeug in den Händen weniger Nationen.** Dieses Institut sollte nicht länger vorgeben, eine unabhängige Körperschaft zu sein, die durch unabhängige Methode die Förderung der Sache des Friedens erstrebe.

„Die Deutsche Bühne ruft auch Dich!“

Glocken aus der Tiefe

Roman von K. A. Harth.

Urheber-Rechtsschutz: Mitteldeutsche Roman-Korrespondenz, Leipzig C1

22. Fortsetzung. (Nachdruck verboten)

„Ich will sehen, mit welchem Wahrzeichen der kostbare Schatz sich uns kündet!“

Jemand lief in das nächste Haus, das Verlangte zu holen, indessen der Alte die Kiste von allen Seiten besah. In erwartungsvollem Schweigen tasteten die Augenpaare auch der Umstehenden sie ab.

Da zerriß plötzlich eine Stimme die Stille:

„Dort ist ja ein V eingebrannt und eine verwischte Zahl! Das ist Frachtgut vom Schoner „Vampyr“, sage ich, der unlängst auf die Klippen am Leuchtturm lief!“

Alles blickte sich unwillig um, auch Klaas Sörensen, und sah in Wilm Karstens spöttische Augen. Aber da war schon das Stemmeisen zur Hand, und unter allgemeiner Spannung erbrach Sörensen den Deckel. Zog aus moderiger Holzwolle einen viereckigen Metallkasten und entnahm ihm mit zitternden Händen einen silbergetriebenen Prunkpokal.

Ein vielstimmiger Ausruf der Ueberraschung klang auf. Die meisten glaubten fest daran, einen Zeugen Vinetas vor sich zu haben.

Höhnend hielt der Inselalte den im Sonnenglanz gleißenden Pokal Rolf Hartung entgegen.

„Wir haben ja einen studierten Mann unter uns,“ rief er mit allzu betonter Achtung, „der soll uns sagen, was er von dem seltsamen Netzfang hält.“

Ruhig trat Rolf zwischen die aufhorchenden Fischer und nahm den Pokal in die Hand. Der Boden war aus schwerem Silber, er trug ein Prägezeichen einer saarländischen Silberschmiede. Aufstrebend in fein verästelter Filigranarbeit, tanzten pausbäckige Amoretten um den Rand und hoben einen Kranz, in den eine Schale aus blauleuchtendem Glas gesetzt war. Auch sie war in Goldschrift mit der Signatur des Glasbläsers versehen.

So kühl er den Kelch gemustert, so gelassen reichte er ihn zurück und gab Bescheid:

„Der Pokal ist moderne Arbeit und stammt aus einer Silberwerkstatt des Saarlandes. Der Einsatz wurde in einer Glasbläserei auf dem Thüringer Wald kunstvoll geformt.“

Mit Befriedigung stellte Klaas Sörensen die Unruhe ob der eindeutigen Antwort unter seinen Anhängern fest. Direkt an diese wandte er sich jetzt:

„Glaubt nicht, was der Fremdling euch sagt! Er mag ein gelehrter Herr sein, aber fremd ist er der Insel, fremd dem Meer! Er weiß nicht, welche unermeßlichen Schätze auf seinem Boden der Erlösung harren. Ich sage euch: Vineta hat uns mit diesem Fund ein Zeichen gegeben!“

Begeistert stimmten die Fischer ihm zu. Hart war ihre Arbeit, oft lebensgefährlich, und der Verdienst nur karg bemessen. Jeder von ihnen hatte sich insgeheim schon den Kopf zerbrochen, wie sich ihr Leben erträglicher gestalten lasse.

Der Inselalte kannte ihre Not. Geschickt fachte er das Fünkchen Sehnsucht nach Glück in ihnen zur lodernden Flamme an:

„Hat nicht jedereiner von uns Recht auf die versunkenen Schätze? Nur heben müssen wir sie und gerecht verteilen! Auf Leute! Was zögert ihr noch? Wir wollen die Boote klar machen und gen Vineta fahren!“

Die Arme gekreuzt mit blitzenden Augen stand Klaas Sörensen einem Seher gleich in dem brausenden Jubel um ihn her. Die von Natur so schwerfälligen Inselfischer schienen ganz außer sich. Einige umarmten sich, andere brachten Hochrufe aus, wieder andere entfernten sich schon, um die Netze zu richten.

Nur zwei Menschen waren von dem Begeisterungstaumel nicht erfaßt: Rolf und Wilm Karsten.

Der Jungbauer beobachtete besorgt, welche Macht Klaas Sörensen schon über die Fischer besaß. Wenn er der Tollheit Einhalt gebieten wollte, dann galt es zu handeln, ehe es zu spät war. Mit einem Satz sprang er neben den Inselalten und legte die Hände hohl vor den Mund:

„Herhören, Leute!“

Alle drehten sich nach ihm um, einzelne Eilige kamen wieder zurück. Karsten, der Jungbauer, hatte noch etwas zu sagen?

„Ueberlegt euch reiflich, was ihr zu tun gedenkt! Eure Gerechtsame lauten auf Fischfang und freien Handel. Noch einmal warne ich euch: was heute gefunden wurde, ist Frachtgut von dem gesunkenen Schoner Vampyr, nicht irgend ein Schatz von dem sagenhaften Vineta!“

Unruhe kam auf und der Inselalte schürte noch durch zornige Zurufe die mühsam verhaltene Erregung.

„Hört nicht auf den Abtrünnigen! Er sitzt auf fetter Scholle! Er fährt nicht mehr zur See, er ist unser Vormund nicht!“

So scholl es Wilm Karsten entgegen. Aber noch einmal bezwang er mit markiger Stimme das wilde Toben:

„Fragt erst den Deichgraf! Leicht kann sonst das Deichamt von drüben als Aufruhr auslegen, wenn ihr widerrechtlich die versunkene Ladung bergt!“

Diese Warnung schlug ein. Der alte Martens fand sich zuerst wieder, kratzte sich nachdenklich hinter den Ohren und schlich heimlich von dannen.

„Er hat recht,“ stimmten etliche zu. „Man muß erst den Deichgraf fragen.“

Auch sie entfernten sich, wiederwillig zwar, aber scheu vor der möglichen Strafe.

Nur ein paar Unverbesserliche blieben bei Klaas Sörensen, von dem sie Rat und Befehl erwarteten.

„Was schert uns der Deichgraf?“ grollte er grimmig. „Er kümmert sich nicht um uns, ist meistens drüben bei den Landratten, und wir werden uns nicht um ihn kümmern!“

Energisch trat ihm Will Karsten entgegen.

(Fortsetzung folgt.)